

18. Wahlperiode

## **Antrag**

der Fraktion der CDU

### **Ehrenamtsarbeit stärker im öffentlichen Raum präsentieren**

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass die Ehrenamtsarbeit sowie ihre Trägerorganisationen im Land Berlin stärker im öffentlichen Raum präsentiert werden. Dazu sind folgende Initiativen zu ergreifen:

1. Der Senat führt mit dem Vorstand der Berliner Verkehrsbetriebe (BVG) Gespräche mit folgender Zielstellung:

- Busse, U- und Straßenbahnen sind mit den Logos der verschiedenen Hilfsorganisationen und Projekte der Ehrenamtsarbeit zu versehen. Mit dieser Aktion soll erreicht werden, dass diese damit den Berlinerinnen und Berlinern sowie den Gästen der Hauptstadt besser bekannt gemacht werden.
- Senat und der Vorstand der Berliner Verkehrsbetriebe prüfen gemeinsam, ob und wie das Land Berlin auf den elektronischen Info-Tafeln der BVG Zeit für den gleichen Zweck buchen kann.
- Die Nutzung dieser Möglichkeiten ist durch den Senat mit dem Vorstand der BVG vertraglich zu regeln.

2. Der Senat nimmt Verhandlungen mit der Berliner Fenster GmbH auf, wie das U-Bahn-Fernsehen "Berliner Fenster" intensiver für die Darstellung der Berliner Ehrenamtsarbeit genutzt

werden kann. Daraus entstehende Nutzungsmöglichkeiten sind durch den Senat mit der Berliner Fenster GmbH vertraglich zu sichern.

Dem Abgeordnetenhaus ist erstmalig bis zum 31. Oktober 2020 über den Stand der Umsetzung zu berichten.

***Begründung:***

Busse, U- und Straßenbahnen sowie das Berliner Fenster werden im öffentlichen Personennahverkehr gern als Werbe- und Informationsträger genutzt. Warum dann nicht auch für die Berliner Ehrenamtsarbeit und ihre Trägerorganisationen? Damit würde gleichzeitig neben der Werbung dem Ehrenamt und den dafür Engagierten mehr öffentliche Anerkennung zuteil werden.

Da der Senat den ÖPNV mit erheblichen finanziellen Mitteln subventioniert, wird er aufgefordert, mit dem Vorstand der BVG sowie der Berliner Fenster GmbH Gespräche zu führen, wie die im Antrag dargestellten Zielvorstellungen umgesetzt, genutzt und vertraglich gesichert werden können.

Darüber hinaus ist zu prüfen, ob auch die elektronischen Info-Tafeln der BVG für den gleichen Zweck Verwendung finden können.

Über die Gesprächsergebnisse ist das Abgeordnetenhaus zu informieren. Dabei ist auch darzulegen, mit welchen Begründungen eine Zustimmung oder eine Ablehnung erfolgte.

Berlin, 4. Mai 2020

Dregger Friederici Demirbüken-Wegner  
und die übrigen Mitglieder  
der Fraktion der CDU